

RelBib

Bibliography of the Study of Religion

<https://relbib.de>

Dear reader,

This is a self-archived version of the following article:

Author: Schuster, Dirk
Title: "Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben – Außenstelle Hermannstadt/Rumänien"
Published in: Handbuch der völkischen Wissenschaften: Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme
Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg
Editors: Fahlbusch, Michael / Haar, Ingo / Pinwinkler, Alexander
Year: 2017
Pages: 1496–1502
ISBN: 978-3-11-042989-3
Persistent Identifier: <https://doi.org/10.1515/9783110429893-003>

The article is used with permission of [De Gruyter](#).

Thank you for supporting Green Open Access.

Your RelBib team

Institut zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben – Außenstelle Hermannstadt/Rumänien

Mit dem Zusammenbruch der österreich-ungarischen Monarchie 1918 gingen infolge der Nachkriegsbeschlüsse Teile des ehemaligen Habsburgerreiches an das Königreich Rumänien über. Die deutschsprachigen Siebenbürger Sachsen sprachen sich Anfang 1919 für eine Angliederung ihres multiethnischen Siedlungsgebietes an Rumänien aus, weil in den Jahrzehnten zuvor Ungarn eine zunehmende Magyarisierungspolitik gegenüber den verschiedenen Minderheiten durchzusetzen versucht hatte. Die siebenbürgische evangelische Kirche als Repräsentationsorgan der Sachsen stellte sich diesen ungarischen Bestrebungen entgegen, unter anderem um das Schulwesen, für das sie verantwortlich zeichnete, als genuin sächsisches Schulwesen erhalten zu können. Noch während der Habsburger-Herrschaft beeinflussten national-protestantische Einflüsse aus Deutschland langsam, aber stetig das innerkirchliche Denken, welches sich während des Ersten Weltkriegs zu einem in Teilen rassistisch-chauvinistischen Religionsbild erweitern sollte.

Mit der Zugehörigkeit zu Rumänien sollten sich indes die Bedingungen für die siebenbürgisch-sächsische Gesellschaft nicht zum Besseren entwickeln. Infolge einer Bodenreform verlor die Landeskirche einen Großteil ihrer Forst- und Bodenbesitzungen, deren Erträge bis dahin den monetären Unterhalt sichergestellt hatten und durch deren Verlust nunmehr der Unterhalt des sächsischen Schulwesens permanent gefährdet war. Die von jeher enge Verbindung zwischen Landeskirche und politischen Vertretern der Sachsen sollte sich in dieser Zeit zunehmend negativ auswirken. Die sich steigernde Unzufriedenheit innerhalb der sächsischen Gesellschaft durch die politischen Wirren während der Zwischenkriegszeit sowie die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen fielen direkt auf die Landeskirche zurück: Da die konservativen Eliten der Sachsen als politische Repräsentanten und gleichzeitige Mitglieder der Kirchenführung auf einen Ausgleich mit der rumänischen Zentralregierung aus waren, schlug die Verachtung vieler, vor allem junger Sachsen gegenüber diesen Eliten ebenso auf die Landeskirche zurück. Infolgedessen entstand eine sogenannte Unzufriedenheitsbewegung als Protest gegen diese kirchlichen Eliten sowie Mitte der 1920er Jahre eine erste nationalsozialistische Organisation, die in den folgenden Jahren die Entwicklungen innerhalb der Kirche maßgeblich beeinflussen sollte.¹

Über Parallelorganisationen wie einem eigenen Jugendverband gelang es den Nationalsozialisten schnell in die Mitte der sächsischen Gesellschaft vorzudringen, so dass bereits 1933 die Mehrzahl der Sachsen der NS-Ideologie anhing. Indes traten die NS-Vertreter in Siebenbürgen nicht als eine homogene Organisation auf, sondern es bildeten sich zwei Richtungen aus: Die stärkere der beiden NS-Fraktionen versuchte durch einen gewissen Ausgleich mit den konservativen Eliten schrittweise

ihre Macht zu erweitern, indem sie die bestehenden, vor allem kirchlichen Organisationen unterwanderte und deren Führungsgremien sukzessive mit eigenen Leuten besetzte. Aufgrund des vordergründigen Ausgleichsstrebens sowie der ohnehin bestehenden nationalprotestantischen Ausrichtung der Landeskirche gewährte der Landeskirchenbischof Viktor Glondys (1882–1949) diesen Nationalsozialisten zunehmend Einfluss auf die Landeskirchenführung, so dass diese 1938 die Mehrheit innerhalb des Landeskirchenkonsistoriums stellten.²

Die zweite Fraktion der sächsischen Nationalsozialisten, zu deren Führung unter anderem der Landesjugendpfarrer Wilhelm Staedel (1890–1971) zählte, lehnte eine solche vordergründige Kooperation mit den konservativen Machträgern ab und strebte eine Machtübernahme innerhalb der siebenbürgisch-sächsischen Gesellschaft nach dem Vorbild Hitlers an. Durch die internen Auseinandersetzungen zwischen den beiden nationalsozialistischen Gruppierungen schritt 1940 das „Dritte Reich“ ein und installierte mit Andreas Schmidt (1912–1948), Schwiegersohn des Chefs des SS-Hauptamtes Gottlob Berger (1896–1975), einen Vertreter der zweiten NS-Fraktion als neuen Führer der Deutschen Volksgruppe in Rumänien, die unter dem Antonescu-Regime umfangreiche Selbstverwaltungsbefugnisse erhielt. Die politische Gleichschaltung der siebenbürgisch-sächsischen Gesellschaft ermöglichte es den Nationalsozialisten nunmehr, den noch amtierenden Landesbischof Glondys zur Abdankung zu zwingen und am 16. Februar 1941 auf der 37. Landeskirchenversammlung die Wahl Wilhelm Staedels zum neuen Bischof durchzusetzen. Neben der Sympathie vieler Pfarrer für den Nationalsozialismus trauten diese Staedel auch am ehesten zu, im Sinne der Landeskirche zu einem allgemeinen Ausgleich mit der Volksgruppenführung zu kommen.³

Staedel, bekennender Nationalsozialist und Anhänger der Kirchenbewegung Deutsche Christen, veranlasste am 3. November 1941, dass die Landeskirche dem seit Mai 1939 bestehenden →Institut zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben als förderndes Mitglied beitrug. Schon ein halbes Jahr zuvor besuchte er während seiner Deutschlandreise das Institut in Eisenach und informierte sich dort über die geleisteten Forschungsarbeiten.⁴ Neben seiner religiös-ideologischen Nähe zu den Deutschen Christen als Initiatoren dieses Institutes war es vor allem der →Antisemitismus von Staedel und seinen Anhängern, der sie zu einer Zusammenarbeit bewegten. Der neue Bischof führte entsprechend vor dem Landeskonsistorium aus: „Wenn wir uns also zum Nationalsozialismus als dem Träger germanisch-deutschen Geistes bekennen, wenn wir wollen, dass Nationalsozialisten in unserer Kirche eine innere Heimstatt haben sollen und dass darum die Kirche sich der neuen Bewegung nicht entfremdet, dann müssen wir die Auseinandersetzung mit dem *jüdisch-marxistischen Geist* [Hervorhebung i. Orig.] auch in der Kirche aufnehmen.“⁵

Die Landeskirche beschloss zunächst, dem Institut zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben mit einem Jahresbeitrag von 500 RM (30.000 Lei) als förderndes Mitglied beizutreten. Indes begnügten sich die

den Deutschen Christen nahestehenden Kirchenvertreter der Evangelischen Landeskirche Augsburgischer Bekenntnisses (A.B.) in Rumänien nicht damit, dem Eisenacher Entjudungsinstitut lediglich als förderndes Mitglied anzugehören. Unmittelbar mit dem Institutsbeitritt begannen die Vorbereitungen, einen eigenen Ableger dieses Instituts im siebenbürgischen Hermannstadt-Sibiu zu gründen. Diese ‚Arbeitsgemeinschaft des Institutes zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben in der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien‘, so die offizielle Bezeichnung, fungierte als eine Art Außenstelle des Eisenacher Entjudungsinstituts, unterschied sich aber von seiner inhaltlichen Arbeit aus betrachtet stark vom Thüringer Mutterinstitut.

Die Arbeitsgemeinschaft wollte weniger Grundlagenforschung zur „Entjudung“ des Christentums betreiben, wie es im Eisenacher Institut der Fall war, sondern die bereits in Eisenach erarbeiteten Ergebnisse in der alltäglichen Kirchenarbeit zur Anwendung bringen.⁶ Hierfür organisierten die Leiter, allen voran Bischof Staedel und der landeskirchliche Hauptanwalt Andreas Scheiner (1890–1960), insgesamt drei Hauptarbeitstagungen, an denen bis zu 43 Pfarrer und Vertreter der Volksgruppenführung teilnahmen.⁷ Darüber hinaus waren auch kleinere dezentrale Tagungen auf Kirchenbezirksebene geplant, aufgrund fehlender Verwaltungsakten ist indes nicht zu klären, ob derartige Zusammenkünfte tatsächlich stattfanden. Zumindest ging die Kirchenführung dazu über, während den abgehaltenen Pfarrerschulungen die Arbeiten des Eisenacher Instituts als Grundlage für die Weiterbildung der Geistlichen zu nutzen.⁸

Nachdem die Landeskirche die kircheneigenen Schulen der Volksgruppenführung übergeben hatte, da nach deutsch-christlichem Verständnis und unter Berufung auf Luthers Zwei-Reiche-Lehre sich die Kirche auch in Erziehungsfragen der nationalsozialistischen Führung unterzuordnen habe,⁹ begann man einen neuen Lehrplan für den Religionsunterricht zu erstellen, für den sich die Kirche noch zuständig zeigte. Dieser neue Lehrplan kombinierte deutsch-christliche Vorstellungen mit den Forschungsergebnissen des Eisenacher Institutes, so dass anstatt des heilsgeschichtlichen Zusammenhangs mit dem Alten Testament christlich-germanische Glaubensinhalte den Inhalt des Religionsunterrichtes bestimmen sollten.¹⁰ Für die Ausarbeitung dieses neuen Lehrplans waren vor allem die Mitarbeiter des Hermannstädter Instituts verantwortlich.¹¹

Die wenigen Forschungsarbeiten des Hermannstädter Institutsablegers beschäftigten sich entsprechend kaum mit allgemeinen Themen zur Beziehung von Christentum, Judentum und völkischer Frage. Auch hier ging es hauptsächlich um die konkrete Neugestaltung der eigenen Landeskirche unter dem Einfluss des Nationalsozialismus. Die bedeutendste Arbeit hierzu veröffentlichte Andreas Scheiner 1942, in welcher er argumentativ nachzuweisen versuchte, dass der Kirche nunmehr die Aufgabe zukomme, Luthers Reformation unter völkischen Gesichtspunkten zu Ende zu führen. Weil Gott „Adolf Hitler als sein Werkzeug“ gebrauche, müsse sich die Kirche an die neuen politischen Gegebenheiten zwangsläufig anpassen.¹² Entspre-

chend habe die Landeskirche auch Vorbehalte gegen die ‚Behandlung‘ der Juden aufzugeben und die ‚Judenfrage‘ im eigenen Wirkungsbereich endgültig zu lösen. Individualistisches Denken gegenüber Nationalsozialismus und ‚Judenfrage‘ gefährdeten die völkische Transformation des Christentums, und derartige Vorbehalte bestünden bei einigen kirchlichen Vertretern selbst dann noch, „wenn die Judenfrage infolge der Verdrängung des letzten Juden aus Europa ihre Aktualität verloren haben wird, [...]“. ¹³ Das Ziel war entsprechend, die Landeskirche zu einer auf rassistischen Grundlagen basierenden Nationalkirche zu reformieren, welche die Vorstellungen von Luther und Melanchthon mit der völkischen Ideologie des Nationalsozialismus verbinden sollte. Von einer solchen Fortführung der Reformation würden nicht nur die Sachsen profitieren, so die Idee, sondern alle deutschsprachigen Minderheiten Rumäniens könnten sich in einer solchen „Deutschen Landeskirche“ unter christlich-völkischen Vorzeichen wiederfinden, was auch die katholischen Banater Schwaben mit einschließen sollte. ¹⁴ Laut dem Institut sei die Erschaffung einer solchen religiösen Gemeinschaft aber erst endgültig möglich, wenn sich die Kirche als Teil dieser Erneuerung selbst ‚entjude‘. Denn während in „zielbewußter Arbeit und hartem Kampfe [...] nationalsozialistischer Wille die radikale Entjudung aller Lebensbereiche des deutschen Volkes planmäßig durchgeführt [habe]“, sei die ‚Judenfrage‘ im religiösen Leben noch nicht gelöst. ¹⁵

Neben diesen innerkirchlichen Erneuerungen, für deren Durchsetzung das Hermannstädter Institut verantwortlich war, lag ein weiterer Hauptarbeitsschwerpunkt in der Missionsarbeit außerhalb des ursprünglichen Tätigkeitsgebietes. In das von deutschen und rumänischen Truppenverbänden eroberte und unter rumänischer Verwaltung stehende Transnistrien sandte die Landeskirche Pfarrer, um die dort noch lebenden deutschen Siedler vom ‚bolschewistischen Unglauben‘ zu befreien und ihnen „die Kunde von der wunderbaren Wiedergeburt des deutschen Volkes“ sowie von Adolf Hitler als Retter zu verkünden. ¹⁶ Auch wenn nicht alle nach Transnistrien entsandten Pfarrer Mitglied des Hermannstädter Institutes waren, so kam diesem bei der Auswahl der zu entsendenden Pfarrer und deren Betreuung vor Ort eine nicht unerhebliche Rolle zu. ¹⁷ Unter Leitung siebenbürgisch-sächsischer Pfarrer veranstaltete man unter Beisein von Vertretern der SS ebenso Schulungen für Kirchenräte in Transnistrien, in denen neben theologischen auch Themen zur „völkischen Besinnung [mit] Ausführungen über die Grundsätze der deutschen Geschichte, sowie über das Leben des Führers und sein Aufbauwerk“ zur Sprache kamen. ¹⁸ Durch das Fehlen der Institutsverwaltungsakten lässt sich nicht abschließend klären, wie viele nach Transnistrien entsandte Pfarrer dem Institut in Hermannstadt angehörten und welche direkten Aufgaben das Institut und dessen Mitglieder in diesem Gebiet übernahmen. Jedoch schrieb ein siebenbürgisch-sächsischer Pfarrer in dem Bericht für die Landeskirche über seinen Einsatz in Transnistrien, dass er sich mit den dortigen SS-Kommandanten über die ‚Judenfrage‘ einig gewesen sei, ¹⁹ was die ideologische Grundausrichtung mancher Geistlicher sehr gut wiedergibt.

Neben Transnistrien engagierte sich die Evangelische Landeskirche ab 1943 ebenso im Generalgouvernement zwecks religiöser Betreuung.²⁰ Seitens der SS erging ein Ersuchen an die Landeskirche, Pfarrer in dieses Gebiet zu entsenden, um den ‚deutschen Neusiedlern‘ eine kirchliche Fürsorge zu bieten.²¹ Reichsführer-SS Heinrich Himmler bestand darauf, dass für diese Aufgabe ausschließlich „geeignete Pfarrer [...] zur Verfügung gestellt werden möchten.“²² Dies meinte aus Sicht der SS, dass lediglich „völkisch zuverlässige evangelische und katholische Pfarrer“ in jene „völkisch bedrohten Gebiete[]“ abzustellen seien.²³ Zwecks Verhandlungen mit den zuständigen Stellen vor Ort entsandte der Bischof seinen Vertrauten Edmund Graeser (1897–1961) in das Generalgouvernement, ebenfalls Mitglied des Hermannstädter Instituts.²⁴ Für die Geheime Staatspolizei war diese Pfarrereinsatzung mit einem „erhebliche[n] sicherheitspolitische[n] Interesse“ verbunden,²⁵ was verdeutlicht, dass man seitens der zuständigen Stellen Vertrauen in die ‚völkische Zuverlässigkeit‘ jener Pfarrer hatte. Von den insgesamt acht in das Generalgouvernement geschickten Pfarrern lassen sich mindestens drei als Mitarbeiter des Instituts zuordnen.²⁶

Diese Pfarrereinsatzungen verdeutlichen den Hauptunterschied zwischen dem Eisenacher ‚Entjudungsinstitut‘ und dessen Außenstelle im rumänischen Hermannstadt. Letztere hatte den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der praktischen Umsetzung jener ‚entjudeten‘, deutsch-christlichen Kirchenvorstellungen. Durch das Fehlen von theologischen Spezialisten im Hermannstädter Institut erarbeitete man kaum eigene Materialien zur ‚Entjudung des kirchlichen Lebens‘, sondern nutzte die im Eisenacher Institut erstellten Schriften wie beispielsweise das ‚entjudete‘ Neue Testament „Die Botschaft Gottes“. Diese Schriften setzte man dann aktiv in der ‚Arbeit vor Ort‘ ein, so während des Religionsunterrichtes in deutschsprachigen Schulen Siebenbürgens, in Transnistrien bei der religiösen Unterweisung der dort lebenden deutschsprachigen Einwohner oder bei der seelsorgerischen Betreuung von ‚Neusiedlern‘ im Generalgouvernement. Das Hermannstädter Institut fungierte vor allem bezüglich der Pfarrereinsatzungen als eine Art Rekrutierungsanstalt, da Bischof Staedel bei den Mitgliedern von einer ‚völkischen Zuverlässigkeit‘ ausgehen konnte und diese zusätzlich vor ihrer Missionsarbeit durch das Institut entsprechend religiös geschult werden konnten.

Gegenseitige Besuche von Mitarbeitern der Institute in Eisenach und Hermannstadt scheiterten aufgrund der angespannten Kriegslage und der damit verbundenen Reiseeinschränkungen. Infolge dessen konnte lediglich Bischof Staedel auf der vom Eisenacher Institut vom 7.–13. Oktober 1942 ausgerichteten ‚Zweiten Nordischen Arbeitstagung‘ der Arbeitsgemeinschaft ‚Germanentum und Christentum‘ einen Vortrag über „Glaube und Volkstum in Siebenbürgen“ sowie eine Morgenandacht halten.²⁷ Zu einer Arbeitstagung des Hermannstädter Instituts im Frühjahr 1943 sollten die beiden Eisenacher Institutsmitarbeiter Walter Grundmann und Hans Erich Eisenhuth (1903–1983) nach Rumänien reisen,²⁸ jedoch lassen sich keine Hinweise finden, dass diese Reise tatsächlich stattfand.

Mit dem Sturz des Antonescu-Regimes und dem Frontwechsel Rumäniens im August 1944 entmachteten Vertreter der konservativen Elite um Hans Otto Roth Bischof Staedel, womit auch das Hermannstädter Institut sein Ende fand. Staedel selbst konnte aus einem rumänischen Internierungslager fliehen und wirkte fortan als Krankenhausseelsorger in Minden. Edmund Graeser, Andreas Scheiner und andere Institutsmitarbeiter übernahm die Evangelische Landeskirche A.B. in Rumänien wieder in den Kirchendienst.

Dirk Schuster

1 Ulrich Andreas Wien, Friedrich Müller-Langenthal. Leben und Dienst in der evangelischen Kirche in Rumänien im 20. Jahrhundert, Sibiu-Hermannstadt 2002, S. 67.

2 Vgl. Ulrich Andreas Wien, Kirche und Politik im Verständnis der Bischöfe Viktor Glondys und Wilhelm Staedel, in: Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas 11 (2016) 1, S. 29–42.

3 Wien, Friedrich Müller-Langenthal, S. 161.

4 Zentrales Archiv der Evangelischen Landeskirche Rumänien (ZAEKR), 103 (1941), 2670 [unfoliert], Bericht Bischof Staedel im Landeskirchenkonsistorium vom 9.5.1941, Tagungsordnungspunkt 34, über seine Deutschlandreise.

5 ZAEKR, 102, Protokoll der 6. Landeskonsistoriumssitzung vom 3.11.1941, Tagesordnungspunkt 58.

6 Andreas Scheiner, Eröffnungsansprache des wissenschaftlichen Leiters Pfarrer Andreas Scheiner, Mergeln, in: ders. (Hg.), Bericht über die gründende Tagung der Arbeitsgemeinschaft des Institutes zur Erforschung des jüdischen Einflusses aus das deutsche kirchliche Leben in der evangelische Landeskirche A.B. in Rumänien am 4. und 5. März 1942 in Hermannstadt, [Sibiu-Hermannstadt 1942], S. 8–21.

7 Zu den Arbeitstagungen vgl. Dirk Schuster, Eine unheilvolle Verbindung. Die Hermannstädter Außenstelle des „Institutes zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, in: Zugänge. Jahrbuch des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen 41 (2013), S. 57–83.

8 ZAEKR, 103 (1942), 102 [unfoliert], Arbeitsplan für anstehende Pfarrkonferenzen vom 10.02.1942; ebd., 138 [unfoliert], Wilhelm Staedel an den Presseverantwortlichen der Thüringer Deutschen Christen, Heinz Dungs vom 8.5.1942 mit Dank für zugesendetes Schriftmaterial.

9 Vgl. Dirk Schuster, Ein Versuch der Fortführung von Luthers Reformation in Siebenbürgen. Die Vereinnahmung der Reformationsgeschichte durch deutsch-christliche Vertreter der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien bis 1944, in: Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 22 (2014), S. 375–387, 382.

10 Vgl. Ulrich Andreas Wien, „Entjudung“ und Nationalsozialismus als Ziel des Religionsunterrichts. Zum Lehrplan für den Religionsunterricht an deutschen Schulen 1942, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde 20 (2007), S. 65–77.

11 ZAEKR, 103 (1943), 1135 [unfoliert], Hermannstädter Institutsgeschäftsführer Ekkehard Lebouton an Wilhelm Staedel vom 15.1.1943.

12 Andreas Scheiner, Das Dogma der evangelischen Landeskirche A. B. in Rumänien. Ein Vorwort, Sibiu-Hermannstadt 1942, S. 30.

13 Scheiner, Dogma, S. 68f.

14 Schuster, Ein Versuch der Fortführung, S. 384f.

15 Hugo Pich, Frei vom Juden – auch im Glauben!, Sibiu-Hermannstadt 1943, S. 3.

- 16** Wilhelm Staedel, Predigt gehalten gelegentlich der Aussendung der für Transnistrien bestimmten Pfarrer der evangelischen Landeskirche A. B. in Rumänien am Himmelfahrtstag, den 14. Mai 1942, abends 7 Uhr in der Hermannstädter ev. Pfarrkirche, o. O. o. J., S. 7.
- 17** Hermann Binder, Aufzeichnungen aus Transnistrien 1942 (September–Dezember 1942), München 1998, S. 66f.; Dirk Schuster, Die Evangelische Landeskirche A. B. in Rumänien als nationalkirchlicher Missionsträger in den besetzten Ostgebieten zwischen 1941 und 1944, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde 36 (2013), S. 167–178, 174.
- 18** [o.A.]: Aus Transnistrien, in: Kirchliche Blätter der evang. Landeskirche A. B. in Rumänien 34 (1942) 50, S. 600.
- 19** ZAEKR, 103 (1942), 138 [unfoliert], Bericht über die Arbeit in Transnistrien von Pfarrer Hoffmann aus Zuckmantel vom 22.9.1942.
- 20** Vgl. zu diesem Einsatz auch Doris L. Bergen, The Nazi Concept of „Volksdeutsche“ and the Exacerbation of Anti-Semitism in Eastern Europe, 1939–45, in: Journal of Contemporary History 29 (1994), S. 569–582.
- 21** ZAEKR, 103 (1943), 128 [unfoliert], Brief Wilhelm Staedel an Volksdeutsche Mittelstelle in Berlin vom 15.3.1943 über Anfrage der SS zur Entsendung von zehn Pfarrern in das Generalgouvernement.
- 22** BArch, R 59/65, Bl. 27, SS-Obergruppenführer Krüger an Chef des RSHA vom 25.9.1942.
- 23** Ebd., Bl. 29, SS-Obergruppenführer Krüger an Chef der Sicherheitspolizei und des SD vom 11.2.1943.
- 24** ZAEKR, 103 (1943), 21 [unfoliert], Bischof Staedel an SS-Oberführer Hoffmeyer vom 11.1.1943.
- 25** BArch, R 59/65, Bl. 31.
- 26** Schuster, Die Evangelische Landeskirche, S. 176f. Durch das Fehlen der Verwaltungsakten ist nicht auszuschließen, dass sich ein Teil der übrigen fünf Pfarrer ebenfalls im Institut engagierten.
- 27** PA, R 98796 [unfoliert], anonymer Bericht über die Zweite Nordische Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft Germanentum und Christentum vom 7.–13.10.1942 in Weißenfels.
- 28** ZAEKR, 103 (1943), 659 [unfoliert], Evangelische Landeskirche in Rumänien an die Deutsche Gesandtschaft in Bukarest vom 2.3.1943 mit der Bitte um Passbesorgung für Grundmann und Eisenhuth.